

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	89
		<b>TOP:</b>	2
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	3/2017
		<b>GZ:</b>	StU
<b>Sitzungstermin:</b>	14.03.2017		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	der Vorsitzende, Herr Hausiel (ASS)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Westhaus-Gloël / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Nicht offenes 2-stufiges kooperatives "Planungsverfahren Büroneubau" für den Bereich Heßbrühlstraße, Stadtbez. Vaihingen</b> <b>- Benennung der Preisrichter als Unterausschuss des UTA</b>		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 24.01.2017, nicht öffentlich, Nr. 25

Ergebnis: Beratung, aber Zurückstellung der Einbringung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 31.01.2017, nicht öffentlich, Nr. 28

Ergebnis: Vertagung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 07.02.2017, nicht öffentlich, Nr. 43

Ergebnis: Einbringung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 21.02.2017, öffentlich, Nr. 68

Ergebnis: Beratung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 11.01.2017, GRDRs 3/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von den zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnissen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und den Ergebnissen der beauftragten Gutachten/Untersuchungen/Machbarkeitsstudien wird Kenntnis genommen.
2. Vom Inhalt der Auslobungsunterlage (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.
3. Dem nicht offenen 2-stufigen kooperativen Planungsverfahren wird zugestimmt.
4. Der Bildung eines Unterausschusses "Planungsverfahren Büroneubau" für den Bereich Heßbrühlstraße, Stadtbezirk Vaihingen, des Ausschusses für Umwelt und Technik mit der in Anlage 1 beigefügten Besetzung wird zugestimmt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Herr Hausiel teilt mit, dass, nachdem der Bezirksbeirat Vaihingen die GRDRs 3/2017 im Februar abgelehnt hatte, sie am gestrigen Abend in einer Sondersitzung des Bezirks- beirats erneut behandelt worden sei. Der Bezirksbeirat habe die Beschlussvorlage wie- derum abgelehnt und fordere die Stadtverwaltung auf, einen weiteren Suchlauf zur Fin- dung eines sozial- und klimaverträglichen Alternativgrundstücks durchzuführen.

Aufgrund der Beratung im Ausschuss für Umwelt und Technik (UTA) am 21.02.2017 habe die Verwaltung die städtebaulichen Rahmenbedingungen nochmals angepasst, und die Allianz habe die Auslobungsunterlagen zum Wettbewerb entsprechend geän- dert, fährt Herr Hausiel fort. Die Änderungen würden im Wesentlichen den Erhalt der Eiche und den Grünstreifen betreffen.

Im Sinne der Präsentation berichtet Herr Hausiel über die Änderungen in den Auslo- bungsunterlagen. Ziel sei eine Lösung mit Erhalt der Eiche und einer Verbreiterung des Grünstreifens auf 50 m. Zur Kompensation könne die Verwaltung sich vorstellen, den Hochpunkt von 50 m auf 67 m bei maximal 19 Stockwerken zu erhöhen. Die Preisge- richtssitzung könne trotz der Verzögerungen wie geplant am 21. Juli 2017 stattfinden. Das Ergebnis des Wettbewerbs werde damit vor der Sommerpause vorliegen. Ein Be- richt im UTA sei vor der Sommerpause aber nicht mehr möglich. In der Sommerpause werde die Verwaltung eine vertiefte Klimasimulation des Wettbewerbsergebnisses durchführen und eventuell weitere Themen aus dem Wettbewerb klären. Wenn der UTA dem weiteren Verfahrensgang zustimme, werde mit der Vorbereitung von zwei Be- bauungsplanverfahren begonnen, die die Verlagerung des Tiefbauamts in die Robert- Koch-Straße in Stuttgart Vaihingen und die Verlagerung der AWS nach Degerloch be- treffen.

StR Dr. Vetter (CDU) freut sich, dass der Erhalt der Eiche nahezu gesichert ist und lobt die Arbeit zwischen der Verwaltung und der Firma Allianz. Auf die Wünsche und Anregungen aus dem Gemeinderat habe eingegangen werden können, und es sei eine Kompensation durch die Erhöhung des Hochpunkts gelungen. Das Preisgericht habe nun die Möglichkeit zu entscheiden.

Auch StRin Schiener (90/Grüne) zeigt sich erfreut über das Ergebnis mehrerer Beratungsrunden. Den Bürgerinnen und Bürgern - das werde in Schreiben deutlich - sei allerdings nicht klar geworden, dass bereits im Jahr 2016 der Aufstellungsbeschluss gefasst worden sei und es nun um die Auslobung des Wettbewerbs gehe. Umso wichtiger sei es gewesen, die kritischen Themen anzusprechen und zu klären. Die Rahmenbedingungen seien nun festgelegt. Wenn das Ergebnis des Wettbewerbs vorliege, werde man schauen, wie es mit dem Bebauungsplanentwurf weitergehe.

Auf die von StRin Schiener vorgebrachte Anregung der Bezirksbeiratsfraktion 90/GRÜNE, zu prüfen, ob in Vaihingen benötigte Versammlungsräume noch in das Projekt integriert werden können, antwortet BM Pätzold, über den entsprechenden Antrag sei nicht abgestimmt worden.

Dem bisher geäußerten Lob könne er sich insoweit anschließen, als man sich in den letzten Wochen bemüht habe, Veränderungen herbeizuführen, bemerkt StR Pfeifer (SPD). Seine Fraktion habe bereits vor einigen Wochen, als die ursprünglichen Pläne im Ausschuss noch von allen Seiten bejubelt worden seien, eine ganze Reihe von Fragen gestellt. Nun sei man ein Stück weiter gekommen im Verfahren. Von Anfang an habe seine Fraktion auch deutlich gemacht, dass sie die Ansiedlung grundsätzlich unterstützt. Mit den neuen städtebaulichen Rahmenbedingungen werde der Empfehlung des städtischen Amtes für Umweltschutz deutlicher gefolgt als bisher, was sehr zu begrüßen sei. Jetzt gehe es um eine Projektstudie, noch nicht um den Bebauungsplan im Detail. Die Flächenkompensation solle durch eine Erhöhung im Nordwesten des Grundstücks östlich der Liebknechtstraße erfolgen. Die Stadt habe im Grunde selbst hier vor Jahren eine Höhenbegrenzung vorgenommen. Der Klimatologe habe auf die Höhenbegrenzung auch hingewiesen. Nun fehle noch die Begründung, dass die Erhöhung stadtklimatisch unschädlich sei. Nach einer entsprechenden Erläuterung werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen mit dem Vorbehalt auf das Ergebnis des Wettbewerbs.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) macht deutlich, dass die Fraktionsgemeinschaft das Vorhaben nach wie vor ablehnt. Er unterstreicht die hohe Bedeutung des Gebiets hinsichtlich der klimatischen Ausgleichsleistungen und der Durchlüftung der bebauten Vaihinger Ortslage und seiner Funktion als Bindeglied für das Kaltlufteinzugsgebiet Körschtal. Wenn der Ausschuss am heutigen Tag zustimme, werde eine Entscheidung gegen die Interessen der Bürger und der Umwelt gefällt. Es sei nicht Aufgabe der Stadtpolitik, der Allianz den Boden zu bereiten, sondern eine Stadtentwicklung zu machen, die für die Menschen unter sozialen und ökologischen Aspekten die richtige sei. Bei dem Projekt sehe er keinen Vorteil für die Stadt. Am Anfang habe es noch geheißt, dass die Gebäude am jetzigen Allianz-Standort, die eine Katlufschneise blockierten, nach dem Umzug ein Stück weit zurückgebaut werden könnten. Davon sei jetzt keine Rede mehr. Zudem würden mit dem Projekt Wohnungen wegfallen, eine städtische Fläche an die Allianz verkauft und einer der neuesten Betriebshöfe abgerissen und verlagert. Die Verkehrsprobleme seien weiterhin nicht gelöst. Alternative Möglichkeiten seien offenbar nicht ernsthaft mit der Allianz diskutiert worden.

StRin von Stein (FW) begrüßt die weiteren positiven Entwicklungen, die es in den letzten Wochen gegeben hat. An StR Pantisano gewandt erinnert sie an das Verfahren zur Bioabfallvergärungsanlage in Zuffenhausen. Dort sei man nach einer intensiven Abwägung auch nicht auf die Einwände des Bezirksbeirats eingegangen. Dass das Vorhaben der Allianz keinerlei Vorteile für die Stadt habe, treffe nicht zu. Eine Stadt wie Stuttgart sei darauf angewiesen ist, dass gute Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt oder am Standort gehalten werden, auch im Hinblick auf die Gewerbesteuer. In einer Großstadt müsse man immer mit dem Spannungsbogen leben, wie viel man für die Umwelt tun können und welche anderen Interessen es gebe.

Auch StR Klingler (AfD) sieht, dass es Optimierungen bei den Rahmenbedingungen gegeben hat. Er hofft auf zukunftsfähige Lösungen für den Sportverein TSV Georgii. Die Verkehrsprobleme vor Ort seien allerdings groß. Auf der anderen Seite müssten wichtige Arbeitgeber in der Stadt gehalten werden. Durch den Kauf des Aurelis-Geländes könnten dort ökologische Ausgleichsmaßnahmen stattfinden. Im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Daimler-AG und der Entwicklung auf dem Eiermann-Gelände könne über ein neues Verkehrsmittel wie eine Seilbahn nachgedacht werden. Was die Eiche angehe, so handle es sich um eine sensible Baumart. Er hoffe, dass sie nicht - wie schon anderorts in Stuttgart geschehen - später dann eingehe. Seine Fraktion werde dem Beschlussantrag zustimmen.

StR Conz (FDP) betont, dass er das Projekt der Allianz für sinnvoll hält. Den Erhalt der Eiche sieht er als "Trostpflasterchen für die ökologischen Ängste Einzelner". Das eigentliche Problem sei nicht die Eiche, sondern die noch ungelöste Verkehrssituation.

Im Laufe der Diskussion, so StR Dr. Schertlen (STd), habe sich noch einiges bewegt im Sinne der Vaihinger Bürgerinnen und Bürger in Vaihingen und auch im Sinne der Anträge, die er für Die STAdTISTEN gestellt habe. Noch offen sei, wo der Ersatz für die wegfallenden Wohnungen in unmittelbarer Nähe realisiert werden könne. Der größte Kritikpunkt liege für ihn darin, dass für eine Verbesserung der Verkehrsanbindung des gesamten Gewerbegebiets noch keine Lösungen auf dem Tisch liegen, wie z. B. der Ausbau der Nord-Süd-Straße, die Verbesserung des ÖPNV allgemeiner Art sowie eine Monorail oder eine Seilbahn vom Bahnhof ins Gewerbegebiet und zum Eiermann-Areal. Auch noch offen sei die Frage des möglichen Planungsgewinns in Form eines finanziellen Ausgleichs. Sein bisheriges Nein zu dem Vorhaben werde er nach Lösung einiger Probleme in eine Enthaltung umändern, weil er hinsichtlich des Themas Verkehrs noch ein großes Defizit sehe.

BM Pätzold geht auf Fragen und Anmerkungen ein. Er erläutert, zum Aufstellungsbeschluss 2016 sei von der Verwaltung sehr deutlich dargestellt worden, dass ausführlich alternative Flächen geprüft worden sind. Was die Flächen der Allianz im Stuttgarter Westen angehe, sei man in ersten Gesprächen mit dem neuen Eigentümer, der sich dort Veränderungen auch zum Thema Wohnen vorstellen könne, sich aber erst detaillierter damit befassen wolle, wenn die Umsetzung absehbar sei. Das hänge auch mit der Diskussion und Beschlussfassung im Gemeinderat zusammen, die der Eigentümer verfolge.

Beim Thema Verkehr sei die Verwaltung bekanntlich dabei, das Verkehrskonzept zu überarbeiten. Derzeit würden die Knotenpunkte überprüft. Zu den Haushaltsberatungen werde dargelegt, was an Mitteln benötigt werde. Zur Erhöhung des Hochpunkts sei in der Verwaltung diskutiert worden. Städtebaulich habe man sich dort immer einen Hoch-

punkt vorstellen können als Markierung des Eingangs des Gebiets. In der Abstimmung, auch mit dem Amt für Umweltschutz, habe man für die Frischluftschneise die Priorität 1 gesehen und gesagt, dass man sich die Kompensation an diesem Hochpunkt vorstellen könne. Die Erhöhung mache es möglich, die Schneise breiter zu machen. Heute sei dieser Bereich teilweise versiegelt und enthalte auch Gebäude.

Erfreulich sei, dass die Allianz in sehr konstruktiven Gesprächen viele der Anregungen aus dem Gemeinderat aufgenommen habe. Die Firma habe deutlich gemacht, dass sie am neuen Standort eine langfristige Perspektive habe. Sie lege die Mietverträge auf 20 Jahre an und habe auch das Interesse, etwas sehr Gutes zu bauen. Aus diesem Grunde gebe es auch das zweistufige Verfahren im Wettbewerb mit dem städtebaulichen Ideenteil, um die städtebaulichen Fragen abzuklären, und den sich anschließenden Empfehlungen zur Überarbeitung der einzelnen Beiträge, die dann schlussendlich zu einem Wettbewerbssieger führten. Der Siegerentwurf werde über die Sommerpause mit den Aufgaben, die möglicherweise aus dem Wettbewerb kommen, überprüft und dann weiter in die Gremien gehen. Das Ergebnis werde dann Grundlage des Auslegungsbeschlusses sein. Bis dahin werde weiterhin parallel das Verkehrskonzept bearbeitet, die Allianz beschäftige sich weiter mit dem Mobilitätskonzept.

BV Meinhardt (Vaihingen) teilt mit, dass er die generelle Ablehnung des Bezirksbeirats sehr bedauert, weil dieser sich dadurch die Möglichkeit genommen habe, Einfluss zu nehmen. Darauf habe er in den Diskussionen immer wieder hingewiesen. Was er auch betonen wolle sei, dass bei dem Ausspracheabend und der anschließenden Sondersitzung, die BM Pätzold im Bezirksbeirat durchgeführt habe, sich die Leute zu Wort meldeten, die gegen das Projekt sind. Zwischenzeitlich, auch im Hinblick auf die anstehende Einwohnerversammlung, höre er vor allem von jungen Familien auch Äußerungen, dass die Ablehnung des Projekts durch den Bezirksbeirat auf Unverständnis stößt.

BM Pätzold weist zu Beschlussziffer 4 auf die Besetzung des Unterausschusses "Planungsverfahren Büroneubau" hin:

**Sachpreisrichter (stimmberechtigt)**

- Dr. Carl-Christian Vetter, CDU
- Anna Deparnay-Grunenberg, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Hans H. Pfeifer, SPD
- Luigi Pantisano, SÖS-LINKE-PluS

**Stellvertretende Sachpreisrichter (kein Stimmrecht)**

- Jürgen Sauer, CDU
- Beate Schiener, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Rose von Stein, FW
- Bernd Klingler, AfD

Abschließend stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung wie beantragt.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

## Verteiler:

- I. Referat StU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)  
Amt für Umweltschutz
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB
  2. OB/PR  
Rechnungsprüfungsamt  
OB/82
  3. S/OB  
S/OB-Mobil
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)  
SWSG
  5. Referat SOS  
Amt für Sport und Bewegung (2)
  6. Referat T  
Tiefbauamt (2)  
AWS (2)
  7. BezA Vaihingen
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN